

Gestaltungsmächte-Konzept und Merkel Doktrin

Rüstungsexporte und Machtpolitik am Golf

von Julian Engerer



Auszug aus der IMI-Studie 2012/16 von Julian Engerer: Weltpolitik und Waffenexporte: Deutsche Machtpolitik und die Konfessionalisierung von Konflikten am Persischen Golf - die komplette Studie findet sich auf der Homepage der Informationsstelle

www.imi-online.de

1. Einleitung

Es schlug große Wellen, als im Juli 2011 der Beschluss des Bundessicherheitsrates bekannt wurde, mindestens 200 Leopard 2 Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Aus der Opposition und selbst aus den Reihen der Koalition regte sich heftiger Widerstand gegen diesen Deal. Eigentlich galt der Grundsatz, keine Waffenexporte in Spannungsgebiete zu genehmigen, der zwar immer wieder umgangen wurde, aber zumindest auf dem Papier Bestand hatte. Inzwischen wurde aber deutlich, dass dieser Grundsatz nicht nur wie befürchtet aufgeweicht werden soll, sondern dass die Bundesregierung mit einer neuen außenpolitischen strategischen Zielsetzung, die sie im sogenannten „Gestaltungsmächtekonzept“ öffentlich machte, einen kompletten sicherheitspolitischen Kurswechsel forciert. Am 30.07.2012 berichtete der Spiegel folgerichtig über die Möglichkeit einer Panzerlieferung in das Emirat Katar.¹ Die Argumente für ein solches Geschäft waren dieselben wie bei Saudi-Arabien: Es gehe um die Unterstützung der angeblich die Region stabilisierenden Golfmonarchien, die sich mit dem Gulf Cooperation Council (GCC) zu einer strategischen Allianz zusammengeschlossen haben.

Laut Auswärtigem Amt soll der „Golfkooperationsrat (...) Frieden und Sicherheit in der Region (...) fördern.“² Tatsächlich geht es aber um die Erweiterung des strategischen Einflusses Deutschlands im Nahen und Mittleren Osten³.

Denn die deutsche Regierung sieht, wie auch die USA, im GCC einen verlässlichen Partner, der die Hegemonialbestrebungen des Iran eindämmen und im Sinne westlicher Interessen Einfluss auf die Region ausüben soll. Eine solche Politik ist jedoch auf kurzfristige strategische Einflussnahme gerichtet, zementiert die Bildung verfeindeter Blöcke, verhindert den politischen Dialog und fördert das Wettrüsten am Persischen Golf.

Im Zuge dieses Vorgehens werden vereinfachende Kategorisierungen regionaler Konflikte in den Kontext geopolitischer Erwägungen gestellt. Im Falle des Nahen und Mittleren Ostens wird der Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten zum einen von den Westmächten dazu genutzt, strategische Einflussphären zu definieren und zum anderen von den GCC-Staaten instrumentalisiert, um innenpolitische Proteste auf repressive Weise zu bekämpfen. Indem schiitischen Minderheiten generell Loyalität zum Iran unterstellt wird, kann die Niederschlagung genuin zivilgesellschaftlicher Proteste als Verteidigung gegen iranische Aggression legitimiert werden. Der Westen geht auf dieses Spiel

ein und verfolgt mit der klaren Parteinahme für die konservativen, sunnitischen und angeblich gemäßigten Regime in der Golfregion eine „Teile und Herrsche“-Politik, die fatale Folgen für die ganze Region mit sich bringen könnte.

2. Gestaltungsmächte am Persischen Golf

Hinter dem sicherheitspolitischen Kurswechsel der Bundesregierung steckt das Motiv, durch die Waffenexporte den deutschen Einfluss auf bestimmte strategisch wichtige Regionen ausbauen zu wollen.⁴ Im Februar 2012 stellte die Bundesregierung unter dem Titel „Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen“ ein neues außenpolitisches Konzept vor, welches darlegt, wie der globale Einfluss Deutschlands erweitert werden könne. Hierbei ist vor allem die Rede von der Kooperation mit neuen „Gestaltungsmächten“, die, so heißt es, „im regionalen oder internationalen Vergleich eine hohe Wirtschaftskraft oder hohe wirtschaftliche Wachstumsraten aufweisen (...), einen starken Gestaltungswillen in verschiedenen Politikbereichen zum Ausdruck bringen und denen darüber hinaus durch ihre einflussreiche Rolle oder ihre innerstrukturellen Eigenschaften mittel- bis langfristig eine zentrale Bedeutung für die Gestaltung regionaler Prozesse (...) zukommt.“⁵ Durch eine Partnerschaft mit solchen Akteuren soll der „Spielraum, die Reichweite und das Wirkungsvermögen (der) globalen Gestaltungskraft“⁶ Deutschlands ausgebaut werden. In diesem Sinne sollen regionale Akteure als Transmissionsriemen für den globalen Einfluss der BRD dienen.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Persischen Golf, einer der geostrategisch bedeutsamsten Regionen der Welt. In den Anrainerstaaten sollen nicht nur 60% der weltweiten Rohöl- und 45% der weltweiten Erdgasvorkommen liegen⁷, die Straße von Hormus ist zudem ein Nadelöhr für die weltweite Energieversorgung. Durch diese Meerenge zwischen dem Oman und dem Iran werden täglich 17 Millionen Barrel Rohöl transportiert, was rund 35% des weltweiten Bedarfs entspricht.⁸

Die immense Abhängigkeit der Industrienationen von diesen Rohstoffen erklärt deren massive Einflussnahme auf die regionale Politik in der Region. Spätestens seit dem Ersten Weltkrieg steht die Golfregion im Fokus der Interessenssphärenpolitik imperialistischer Großmächte, angefangen mit der britischen Unterstützung arabischer Stämme im Kampf gegen das Osmanische Reich durch die Hussein-McMahon Korrespondenz, über den von der CIA mit der Operation Ajax unterstützten Sturz Mossadeghs und der Wiedereinsetzung des Schahs im Iran 1953 bis hin zur Invasion amerikanischer Streitkräfte im Irak, um nur eine kleine Auswahl anzuführen.

Die Bundesregierung ist nun ebenfalls bemüht, ihren Einfluss im Persischen Golf auszubauen und nutzt in dieser Hinsicht die in vielen Punkten konvergenten Interessen der BRD und der GCC-Staaten. Besonders zu betonen ist dabei das Ziel beider Akteure, den regionalen Einfluss des Iran zu schwächen, der die Straße von Hormuz und damit einen großen Teil der weltwei-



Parade saudi-arabischer Sicherheitskräfte mit G36. 2008 vergab Heckler&Koch die Lizenz zum Bau dieses Gewehrs an Saudi-Arabien. Foto: Omar Chatriwala, Al Jazeera English, Wikipedia.

ten Energieversorgung kontrollieren kann. Durch die Aufrüstung von Qatar und Saudi-Arabien und der eindeutigen Parteinahme und Zusammenarbeit mit den restlichen GCC-Staaten⁹ wird versucht, ein „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den Golfmonarchien und dem Iran herzustellen und die Region nach eigenen strategischen Interessen zu gestalten, bzw. gestalten zu lassen. Nur vor dem Hintergrund dieses Interessenkonglomerats und der strategischen Neupositionierung der Bundesrepublik wird die politische Dimension der eingangs erwähnten Panzerdeals mit Saudi-Arabien und Katar klar.

3. Merkel-Doktrin: Einflussnahme durch Rüstungsexporte

Die militärische Aufrüstung von Gestaltungsmächten ist das Mittel der Wahl, die geostrategische Positionierung der BRD in wichtigen Regionen zu verbessern. Diesem Ziel hat sich die so genannte „Merkel-Doktrin“ verschrieben, die erstmals in einem Statement der Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2011 bei einer Rede zum 50. Jubiläum des Bergedorfer Gesprächskreises der Hamburger Körber-Stiftung folgendermaßen formuliert wurde: „Wir müssen die Staaten, die bereit sind, sich zu engagieren, auch dazu befähigen. Ich sage ausdrücklich: Das schließt auch den Export von Waffen mit ein – dies selbstverständlich nur nach klaren und weithin anerkannten Prinzipien.“¹⁰

Im Wortlaut des Gestaltungsmächtekonzeptes wird dies ein wenig verklausulierter auch als „Aufbau regionaler Sicherheitsarchitekturen“ und „Stärkung ihrer Instrumentarien“ bezeichnet.¹¹ Mit Waffenlieferungen an die „Gestaltungsmächte“ im Mittleren Osten versucht man, die Region nach eigenen geostrategischen Prämissen zu formen. Da aus Sicht der deutschen Regierung sich die Interessen der GCC-Staaten und Deutschlands in vielen Punkten überschneiden, wird dem Kooperationsrat das Feld bei ihrer Durchsetzung überlassen, während die Rüstungsindustrie das nötige Equipment liefert. Man könnte hierbei annehmen, dass die Aufrüstung diverser GCC-Staaten den unmittelbaren Zweck hätte, diese als militärisches Gegengewicht zum Iran aufzubauen. Aber die Waffenlieferungen dienen nicht unbedingt der Angleichung der militärischen Kapazitäten des GCC an die des Iran, denn diese wird durch die Präsenz der US-Truppen gewährleistet. Vielmehr soll die Stabilität der Golfmonarchien nach innen und ihr militärischer Einfluss auf regionale Stellvertreterkonflikte gestärkt werden, sodass konvergente Interessen durch fest im Sattel sitzende Regime im gesamten Nahen Osten durchgesetzt werden können.

Panzerlieferungen nach Qatar und Saudi-Arabien dienen nicht der militärischen Verteidigung gegen einen angeblich expansiven Iran. Als defensives Mittel wäre diesbezüglich die Erweiterung der Marine und der Luftabwehrsysteme weitaus sinnvoller.¹² Vielmehr sollen sie die autoritären Regime dazu befähigen, gegen innere Unruhen vorzugehen. Der Leopard 2 ist für solche Einsätze auch besonders geeignet, denn er ist speziell für den Einsatz in urbanem Gelände konzipiert. Zudem kann er mit geringem Aufwand zu einem Räumpanzer umgerüstet und zur Bevölkerungskontrolle eingesetzt werden.

Deutschland und die restlichen westlichen Großmächte haben kein Interesse, dass auch in den Golfmonarchien durch Rebellionen die eigenen Einflussphären gefährdet werden könnten. Denn aus strategischer Sicht würden Aufstände gegen die dortigen Regierungen die Handlungsoptionen der Bundesregierung in der Region enorm einschränken. In den GCC-Staaten sind Einflussmöglichkeiten durch eine direkte Zusammenarbeit mit den Herrscherhäusern gegeben. Es handelt sich zwar um autokratische, menschenrechtsverletzende Regime, aber sie sind kooperativ bei der Durchsetzung strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Oppositionelle Kräfte in der Golfregion hingegen sind schon aus dem Grund Gegner westlicher Einflussnahme, da die Westmächte die dortigen Herrscher unterstützen, und damit auch indirekt die Unterdrückung von Regimekritikern.

Die Reaktionen auf die Niederschlagung der Proteste in Bahrain haben die westlichen Präferenzen deutlich gezeigt. Inspiriert von den Revolutionen in Ägypten und Tunesien versammelten sich dort tausende Menschen am Pearl Roundabout, einem großen Platz im Zentrum der Hauptstadt Manama. Die Forderungen waren ähnlich denen in Kairo und Tunis: die Einführung demokratischer Strukturen, Ende der Korruption und Verbesserung der sozialen Lage. Trotz der zahlreichen Todesopfer, die das brutale Vorgehen saudischer und bahrainischer Sicherheitskräfte auf Seiten der Demonstranten forderte, ließ sich die EU zu keiner Verurteilung der saudischen und bahrainischen Regierungen hinreißen. Vielmehr unterstützte sie deren Vorgehen. So reagierte der außenpolitische Berater von Cathrin Ashton, der Außenbeauftragten der EU, Robert Cooper, auf die Vorfälle mit den Worten: „Unfälle kommen vor. Man muss verstehen, dass die Autoritäten das Recht hatten, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, und das ist es, was sie getan haben.“¹³

Ob eine Rebellion als eine Befreiungsbewegung gegen einen tyrannischen Diktatoren oder als anarchischer Aufstand deklariert wird, bei dem die Herrschenden das Recht haben, für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, hängt demzufolge primär von den strategischen Implikationen ab, die eine solche Umwälzung mit sich führt. Beispielsweise sieht man in Libyen und Syrien die Möglichkeit, durch Unterstützung bestimmter Akteure, die eigenen Einflussmöglichkeiten in diesen Ländern auszubauen, was bei den vorherigen Herrschaftsverhältnissen kaum möglich war. Deshalb leistete der Westen im Falle Libyens direkte militärische Unterstützung des Aufstandes, u.a. durch den Einsatz der Luftwaffe sowie die Einrichtung von Flugverbotszonen und war hierdurch maßgeblich am Sturz von Machthaber Muhammad al-Gaddafi beteiligt. In Syrien erfolgt eine indirekte Unterstützung durch die Aufrüstung von Bürgerkriegsparteien, die auf einen gewaltsamen Sturz Bashar al-Assads hinarbeiten. Als Lohn für ein solches Engagement, das zwangsläufig zur extremen Eskalation der Konflikte beiträgt, erhofft man sich, nach einem Regimewechsel direkten Einfluss auf die dortigen, zukünftigen Regierungskreise zu gewinnen und somit westliche Interessen vor Ort effizienter durchsetzen zu können. Man nimmt durch solches Handeln mehr oder weniger bewusst die Entstehung eines „failed state“ in

Kauf, für die Aussicht auf eine Möglichkeit, sich strategisch besser in der Region positionieren zu können.

Eine wesentliche Motivation hinter den Waffenlieferungen an die Staaten des GCC besteht deshalb darin, deren Möglichkeiten auszubauen, in regionale Konflikte einzugreifen zu können. Die Risiken einer militärischen Intervention in Bürgerkriegen sollen quasi „outgesourced“ werden. Der Spiegel beschreibt daher den Kern der Merkel-Doktrin mit dem Motto „Panzer statt Soldaten“¹⁴ und vergleicht sie recht zutreffend mit der Nixon-Doktrin von 1969. Damals verkündete Präsident Nixon, als Lehre aus dem Krieg in Vietnam, dass die USA sich in Zukunft bei Interventionen zurückhalten und stattdessen strategische regionale Partner aufrüsten werde: „Merkels Vietnam heißt Afghanistan. Die Bilanz des Westens nach elf Jahren militärischem Einsatz ist aus ihrer Sicht entmutigend.(...) Merkel hat daraus den Schluss gezogen, dass die Bundesregierung die Beteiligung an Militärinterventionen um fast jeden Preis vermeiden müsse. Stattdessen sollen ausgewählte Verbündete beim Kampf gegen den Terror oder als Gegengewicht zu Problemstaaten unterstützt werden.“¹⁵

Für die deutsche Regierung stellt sich der neue sicherheitspolitische Kurswechsel als absolute Gewinnsituation dar. Man fördert die heimische Waffenproduktion, spült Geld in die Kassen und spart sich zugleich noch die kostspielige und immer schwerer innenpolitisch durchzusetzende Entsendung deutscher Soldaten, um sicherheits- und machtpolitische Interessen zu verfolgen. Diese Arbeit wird anderen überlassen, die dabei noch wesentlich effizienter vorgehen können, weil sie sich nicht mit demokratischen Parlamenten oder der Einhaltung von Menschenrechten herumärgern müssen.

Das Beispiel der Waffenlieferungen in die GCC-Staaten zeigt, wie das Gestaltungsmächtekonzept gekoppelt mit der Merkel-Doktrin den sicherheitspolitischen Kurswechsel der BRD einleitet. Die Möglichkeiten, mit Rüstungsexporten gezielt Weltpolitik zu gestalten, sollen massiv ausgebaut werden. Das Problem dabei sind nur die restriktiven Waffenexportrichtlinien. Dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen, war der Zweck eines Papiers mit dem Titel „Erweiterung der Nato-Agenda: Rüstungskoooperation mit Nato-Partnern“, welches die deutsche Delegation im Mai 2012 beim Natogipfel in Chicago vorgelegt hat. Darin wird vorgeschlagen, dass die NATO eine Liste von Drittstaaten bestimmen solle, an die Natostaaten aus strategischen Gründen schwere Waffen ohne Exportbeschränkungen liefern können, unter anderem wurden hierbei die GCC-Staaten als mögliche Empfänger explizit benannt.¹⁶

Dadurch soll der Handlungsspielraum der Regierung erweitert werden, Richtlinien bei Waffenexporten zu umgehen. Bisher lauten die Bestimmungen: „Lieferungen von Rüstungsgütern in sog. ‚Drittländer‘, d.h. Staaten, die nicht EU- oder NATO-Mitglieder bzw. den NATO-Mitgliedstaaten gleichgestellt (Australien, Neuseeland, Schweiz, Japan) sind, werden restriktiv gehandhabt.“¹⁷ Die erweiterte Liste der Drittstaaten hätte zur Folge, dass die angeblich „restriktive“, in Wirklichkeit ohnehin schon äußerst laxe und einer demokratischen Kontrolle entzogene Genehmigung von Waffenlieferungen in Staaten außerhalb der NATO noch problemfreier durchzuführen wäre. Bisher musste noch argumentiert werden, dass „besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“¹⁸ den Export rechtfertigen. Durch eine Liste von Drittstaaten, in die Waffen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit Nato-Richtlinien geliefert werden können, würde dieser Argumentationsdruck entfallen. „Faktisch würde eine solche Reform die deutschen Hürden bei Rüstungsexporten aushebeln.“¹⁹ Lediglich ein Verweis auf



*Die Proteste in Bahrain wurden im März 2011 mit der Unterstützung saudi-arabischer Sicherheitskräfte brutal niedergeschlagen.
Foto: Bahrain in pictures über Wikipedia.*

diese besagte Liste würde dann ausreichen, die Restriktionen des deutschen Waffenexportgesetzes außer Kraft zu setzen. Besonders Exporte in Krisenregionen wie den Persischen Golf, die nach geltendem Recht theoretisch nicht zu genehmigen wären, würden dadurch komplett legalisiert.

Gestaltungsmächtekonzept und Merkel-Doktrin, die sich im Papier zur Drittstaatenregelung offiziell manifestiert, stellen zusammen einen noch nie da gewesenen Paradigmenwechsel im Bezug auf Waffenexporte aus Deutschland dar. Im „Newsletter Verteidigung“ wird dies als „Kehrtwende in der nationalen Exportpolitik“²⁰ umjubelt. Es sei positiv zu bewerten, dass selbst das Auswärtige Amt, welches „in der Vergangenheit viel dazu beitrug, Rüstungsexporte deutlich zu verzögern oder gar ganz zu verhindern, (seine) industriefeindliche Haltung“²¹ aufgegeben habe. Wird diese Kehrtwende umgesetzt, wäre der Weg frei für einen nahezu unregulierten Waffenhandel mit den autoritären und repressiven Regimen in der Golfregion und einer auf militärischer Aufrüstung basierenden Geopolitik der BRD.

4. Neustrukturierung des Mittleren Ostens: Waffen wider die Menschenrechte

In den Medien wurde über die untragbare Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien viel berichtet. Aber angesichts der Wortwahl im Gestaltungsmächtekonzept, welches dem außenpolitischen Handeln der Bundesregierung zugrunde liegen soll, und den Verlautbarungen Angela Merkels hinsichtlich der Waffenlieferungen in den Mittleren Osten ist es aufschlussreich, sich zu verdeutlichen, wie groß die Kluft zwischen vollmundig vortragenen humanistischen Ambitionen und realem Regierungshandeln ist.

Im Gestaltungsmächtekonzept wird formuliert, dass Deutschland für die „unveräußerlichen und unteilbaren Menschenrechte sowie (für) die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau“²² eintritt und den „Aufbau funktionsfähiger und legitimer demokratischer staatlicher Strukturen“²³ sowie „rechtsstaatlicher Strukturen“²⁴ fördern will. Ebenso ist, wie bereits erwähnt, in den Auslassungen der Bundeskanzlerin zu den Panzerlieferungen nach Katar von „klaren und weithin anerkannten Prinzipien“ die Rede. Diese klaren und anerkannten Prinzipien wurden im Jahr 2000 in den „Politische(n) Grundsätze(n) der Bundesregierung für Rüstungsexporte“ festgelegt. Diese besagen: „Rüstungsexporte, also Ausfuhren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungs-



Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und Katar sollen nicht nur Geld in die Taschen der Rüstungskonzerne spülen, sondern auch die strategische Position Deutschlands in der Region verbessern. Foto: Leopard 2 PSO-Prototype 2008, Quelle: Veppar, Wikipedia.

gütern, sowie Gütern mit doppeltem Verwendungszweck (d.h. Güter, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden können), die militärisch genutzt werden sollen, werden grundsätzlich nicht genehmigt, wenn der ‚hinreichende Verdacht‘ besteht, dass das betreffende Rüstungsgut (Waffen, Munition, besonders konstruierte Fahrzeuge, aber auch Software) zur internen Repression oder zu sonstigen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden kann. Dabei spielt die allgemeine Menschenrechtssituation im Bestimmungsland eine wichtige Rolle.“²⁵

Sieht man sich die Gegebenheiten in Saudi-Arabien an, das über 200 Leopard 2 Panzer erhalten soll,²⁶ ist es klar, dass es keineswegs um moralische Erwägungen geht, sondern um die knallharte Durchsetzung wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen im Mittleren Osten. Die gewählten Formulierungen über Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die üblichen Floskeln, die lediglich die wahren strategischen Implikationen bei diesen Rüstungsdeals verschleiern sollen. Denn wirklich allen Belangen verletzt Saudi-Arabien die Kriterien für die Durchführung von Waffenexporten und die im Gestaltungsmächtekonzept beschriebenen Vorgaben.

In Saudi-Arabien herrscht die Scharia. Wenn in anderen Staaten von religiösen Gruppierungen die Einführung der Scharia gefordert wird, ist der Aufschrei in den Medien und unter Politikern groß.²⁷ In Saudi-Arabien ist die Scharia als geltendes Rechtssystem seit der Gründung 1932 politische Realität. Zudem herrscht dort die hanbalitische Auslegung der Rechtsprechung. Der Hanbalismus stellt die rigideste Form der vier islamischen Rechtschulen dar. Zurück geht er auf die Interpretation religiöser Texte durch Ahmad ibn Hanbal (780-855) und sieht unter anderem die Todesstrafe für Homosexualität, Ehebruch und Apostasie vor.²⁸ Soweit zur Förderung rechtsstaatlicher Strukturen.

Fast schon zynisch wird es, wenn im Gestaltungsmächtekonzept von der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau die Rede ist. Hier sei nur eins von unzähligen Beispielen angeführt, wie Frauenrechte im saudischen Königreich verstanden werden: So wurde eine 23-jährige Frau im Februar 2009 „von fünf Männern vergewaltigt, nachdem sie in deren Auto eingestiegen war. Ein Bezirksgericht in Jiddah verurteilte (sie) wegen außerehelichem Geschlechtsverkehr und versuchter Abtreibung zu einem Jahr Freiheitsentzug und 100 Peitschenhieben. Ob auch ihre Vergewaltigung strafrechtlich verfolgt wurden, ist nicht bekannt.“²⁹ Generell dürfen Frauen nicht Auto fahren und stehen unter

männlicher Vormundschaft. König Abdallah hat zwar ein paar eher marginale Reformen bezüglich der Frauenrechtssituation durchgesetzt³⁰, dass sich an der Lage jedoch grundsätzlich etwas ändern wird, ist nicht zu erwarten, auch weil Abdallah mittlerweile 88 Jahre alt und gesundheitlich angeschlagen ist und Prinz Salman bin Abdelaziz als designierter Nachfolger gilt. Diesem werden gute Kontakte zum erkonservativen Klerus nachgesagt³¹, was die Hoffnung auf eine Liberalisierung in Saudi Arabien nicht unbedingt hebt. In den restlichen GCC-Staaten ist die Lage zwar nicht ganz so schlimm, aber dennoch ähneln sie sich allesamt in ihren autokratischen und frauenfeindlichen, patriarchalen Strukturen. Der Aufbau funktionsfähiger und legitimer demokratischer staatlicher Strukturen wird durch die Zusammenarbeit mit dem GCC nicht gefördert, sondern torpediert, und zwar im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Es ist die eine Sache, dass die Mitgliedsstaaten des Kooperationsrates allesamt autoritäre Monarchien sind und die Machthaber dort keinerlei Interesse haben, das System nur ansatzweise effektiv zu reformieren und demokratische Strukturen aufzubauen. Der ausschlaggebendere Punkt ist jedoch, dass der GCC bemüht ist, autoritäre Strukturen in der ganzen Region zu fördern. So wurde im Zuge der Arabellion den Königreichen Marokko und Jordanien angeboten, dem GCC beizutreten, was wohl weniger auf geographischer Nähe als auf politischer Affinität beruhen dürfte. Der Kooperationsrat kann in dieser Hinsicht als ein „Club der Monarchien“ verstanden werden, dessen Ziel es ist, autoritäre, traditionalistische Herrschaftsverhältnisse in der Region zu stabilisieren.³²

Desweiteren bemühen sich die Golfstaaten in den Republiken im Mittleren Osten den Einfluss religiös-konservativer Kräfte zu fördern, zu Ungunsten progressiver und säkularer Strömungen. Vor allem Saudi-Arabien versucht, den reaktionären Wahabismus³³ in muslimischen Ländern zu verbreiten: „Mittlerweile hat sich der Einfluss der Wahabiten weit über die Grenzen des Königreiches ausgedehnt - obwohl der saudische Staat extremistische Strömungen zumindest offiziell zu unterbinden versucht. ‚Dass es auch eine substaatliche Strömung gegeben hat, spürt man jetzt in einigen Staaten in der Region, nämlich überall dort, wo die Salafisten sehr stark vertreten sind‘, sagt Guido Steinberg. Das gilt zum Beispiel für Ägypten und Tunesien. (...) Aber auch außerhalb des arabischen Raums mischen die Wahabiten mit. ‚Die Saudis haben in den vergangenen Jahrzehnten, besonders seit Beginn der 1960er Jahre, sehr viel Energie in die Verbreitung dieser Lehre gesteckt. (...) Vor allem dort, wo sie mit recht wenig Widerstand zu rechnen hatten: in Westafrika, in Südasien, in Südostasien, aber auch in der westlichen Welt und in Europa‘.“³⁴ Ähnlich verhält es sich mit Katar: „Die Führung in Doha scheint zu glauben, dass die Muslimbrüder und viele Salafisten eine Islaminterpretation vertreten, die mit der in Katar vorherrschenden Wahabbya vereinbar ist.“³⁵

Beispielhaft in diesem Sinne ist auch das Verhalten des Emirats Katar in der Libyenkrise, welches sich bereit erklärte, die Nato bei ihren Luftangriffen sowie die dortigen Rebellen mit Waffen- und Munitionslieferungen zu unterstützen. Damit hat Katar gezeigt, dass es bereit ist, sich im Merkelschen Sinne zu „engagieren“. Das Problem mit diesem Engagement ist jedoch, dass dieser reaktionär religiöse Staat seine Hilfe vor allem ideologisch nahestehenden islamistischen Gruppen angedeihen lässt: „Katar dirigierte Geld und Waffen in erster Linie an islamistische Rebellen, nur ein kleiner Teil ging an den Nationalen Übergangsrat. In Bengasi wurden vor allem Milizen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft beliefert, in den westlichen Bergen die Einheiten des ehemaligen Jihadisten und späteren Militärkommandeurs von Tripolis, Abdalhakim Belhaj.“³⁶

Eine Ursache für die Schlagkraft militanter, fundamentalistischer Kräfte in Libyen ist zumindest zum Teil in ihrer Aufrüstung durch die GCC-Staaten zu sehen. In Syrien geht dieses Spiel weiter. Dort werden ebenfalls vor allem die religiösen Kräfte von den Monarchien am Golf mit Waffen und Geld versorgt. Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Partnerschaft der BRD mit Staaten wie Katar und Saudi-Arabien geht demnach einher mit der militärischen Stärkung islamistischer Kräfte in den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten. Durch die militärische Unterstützung sind sunnitische, religiöse Kräfte mittlerweile tonangebend beim bewaffneten Kampf gegen das Assad-Regime. Dies ist ganz im Sinne der Golfmonarchien, die sich nach deren Sieg die Erweiterung ihrer Einflussphäre erhoffen, und entspricht auch dem Kalkül der Bundesregierung, die erwartet, durch die Gestaltungsmacht GCC als Transmissionsriemen der deutschen Außenpolitik die Geschicke des Landes nach ihren Interessen lenken oder zumindest beeinflussen zu können.

Das Problem dabei ist nur, dass das säkulare Baath-Regime unter Assad, obwohl es auf einer Minderheitenherrschaft der Alawiten beruht, generell auf einen Ausgleich zwischen den Konfessionen bedacht war. Die vom GCC unterstützten Kräfte zielen aber auf eine konfessionell fundierte Herrschaft der, die Bevölkerungsmehrheit stellenden, Sunniten ab. Bei den religiösen Minderheiten, wie den Christen, Drusen und natürlich auch den Alawiten sowie den säkular eingestellten Bevölkerungsteilen stößt dies nachvollziehbarerweise auf Ablehnung. Vor diesem Hintergrund kann man auch verstehen, warum Assad trotz seines menschenverachtenden Vorgehens immer noch Rückhalt in der Bevölkerung und im Militär genießt. Für religiöse Minderheiten und Säkulare stellen sich die Alternativen zum Baath-Regime wie folgt dar: Entweder eine autoritär-religiöse, konfessionalistische Regierung, die mit der massiven Beschneidung religiöser und persönlicher Freiheiten einhergeht, oder ein auf unbestimmte Zeit andauernder Bürgerkrieg, der dann als Stellvertreterkonflikt zwischen diversen Regional- und Großmächten ausgetragen wird.

Dabei ist ja bekannt, welche Auswirkungen ein solches Agieren nach dem Schema „der Feind meines Feindes ist mein Freund“ haben kann. Die Fälle Afghanistan und Palästina haben dies verdeutlicht. Bekannterweise unterstützten die USA im Kalten Krieg die Taliban gegen die Sowjets sowie die Hamas als Gegengewicht zur „sozialistischen“ PLO. Die Folge war die Entstehung von nicht mehr zu kontrollierenden radikalreligiösen Organisationen. Nichtsdestoweniger wird diese Politik weiter fortgeführt. Mit dem Umweg über den GCC werden die Gegner des gemeinsamen Feindes, in Libyen namentlich Gadhafi, in Syrien Assad, mit Waffen versorgt, was einen kurzfristigen strategischen Erfolg mit sich bringt. Nach dem Sturz der Regime bleiben die Waffen jedoch weiter im Besitz dieser Kräfte. Die Angriffe von islamistischen Kämpfern auf das US-Konsulat in Bengasi könnten die Vorboten der weitreichenden, unkontrollierbaren Folgen sein, die aus der Aufrüstung dieser „strategischen“ Partner resultieren.

Was die Richtlinien für Rüstungsexporte betrifft, nach denen, wie erwähnt, Waffenlieferungen nicht zu genehmigen sind, falls der hinreichende Verdacht besteht, dass Rüstungsgüter zur inneren Repression verwendet werden könnten, so werden diese ebenfalls eindeutig verletzt. Es besteht nicht nur der „hinreichende Verdacht“, dass militärische Mittel zur inneren Repression innerhalb des GCC eingesetzt werden, sondern mit den Vorfällen in Bahrain im Jahr 2011 ein offenkundiger Beweis, dass das saudische Militär bereit ist, Kriegsgüter gegen zivile Aufstände anzuwenden. Nachdem die Proteste gegen die dortige Herrscherfamilie al-Chalifa ein Ausmaß annahmen, dem die eigenen militärischen Kräfte nicht mehr Herr werden konnten, bat der Emir Hamad



Anfang Dezember 2012 wurde bekannt, dass der Bundessicherheitsrat über den Export von Radpanzern des Typs „Boxer“ nach Saudi-Arabien debattiert. Der Panzer wird von Rheinmetall und Krauss-Maffai Wegmann hergestellt. Foto: ISAF Headquarters Public Affairs Office über Wikipedia.

bin Isa al-Chalifa Saudi-Arabien um Hilfe. Kurz darauf rückten saudische Panzerkontingente über die Landbrücke nach Bahrain vor, um die dortigen Sicherheitskräfte dabei zu unterstützen, die Demonstrationen mit massiver Gewalt niederzuschlagen.³⁷

Es könnte gut sein, dass in Zukunft Leopard 2 Panzer für ein solches Vorgehen benutzt werden. Aber wegen der massiven strategischen Interessen müssen solche Überlegungen aus Sicht der deutschen Regierung hinten angestellt werden. Zu wichtig ist die geopolitische Bedeutung der Region, als dass man besondere Rücksicht auf die Menschenrechtssituation vor Ort nehmen könnte, wie dies auch der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Martin Lindner, in einem Interview mit dem Deutschlandfunk betonte: „Die Menschenrechte sind ein relevanter Faktor nach den Richtlinien. Die spielen eine Rolle. Aber in den Richtlinien steht ganz klar: Die außen- und sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes sind prioritär.“³⁸

Ebenso wird die innenpolitische Dynamik in den einzelnen GCC-Staaten nicht ausreichend berücksichtigt. Es heißt, die GCC-Staaten seien die Stabilitätsanker in der Region. Wie lange dies so bleibt, ist ungewiss. Es besteht die Gefahr, dass nach dem Tod einzelner Potentaten ein friedlicher Machttransfer nicht gewährleistet ist.³⁹ So sind in den Zielstaaten der deutschen Panzerlieferungen, Saudi-Arabien und Katar, massive interne Machtkämpfe innerhalb der Herrscherhäuser zu beobachten. In beiden Ländern besteht ein Konflikt über die Thronfolge⁴⁰, der enorme Auswirkungen auf die innere Stabilität dieser Staaten haben könnte. Dies gilt vor allem für Katar und das dortige Herrscherhaus Al-Thani: „Die Al-Thani sind mit mehreren tausend Mitgliedern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die größte Herrscherfamilie in der arabischen Welt und auch nach absoluten Zahlen eine der größten. Immer wieder hat es heftige Flüggekämpfe gegeben, so dass keiner der fünf Thronwechsel im 20. Jahrhundert (1913, 1949, 1960, 1972 und 1995) ohne hitzige Auseinandersetzungen vonstatten ging. Zuletzt setzte der jetzige Emir seinen Vater Khalifa 1995 in einem unblutigen Staatsstreich ab. In mehreren Fällen hat die saudisch-arabische Führung versucht, die Thronfolge zu beeinflussen. 1996 soll sie sogar hinter einem Putschversuch gegen den neuen Emir gestanden haben, um dessen abgesetzten Vater an die Macht zu bringen.“⁴¹

Aber man gibt sich der Illusion hin, dass solche Eigendynamiken kontrollierbar seien, wie dies in einem Kommentar von Felix Seidler zu den Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien auf der Website

der Atlantischen Initiative verdeutlicht wird: „Durch den Verkauf der Leopard kriegen wir dort einen Fuß in die Tür. Richtig, das Risiko, dass die Panzer zu falschen Zwecken eingesetzt werden, ist da. Aber indem wir die Saudis von unseren Ersatzteillieferungen abhängig machen, behalten wir zumindest teilweise die Kontrolle. Nehmen wir an, Saudi-Arabien kippt. Dann wäre es doch zu begrüßen, wenn wir die richtigen Telefonnummern haben und die entscheidenden Figuren kennen, um in kritischen Phasen auf Saudi Arabiens Militär einwirken zu können. Damit Panzer, egal von welchem Hersteller, eingesetzt werden, muss ein Offizier den Befehl dazu erteilen! Heißt, wir müssen uns den Einfluss auf diese Offiziere, vor allem auf den Nachwuchs sichern.“⁴² Rüstungsexporte in die GCC-Staaten sollen also auch die Eskalationsdominanz der BRD bei einem möglichen Sturz der Golfmonarchien sichern. Angesichts der Vielzahl an radikalen Kräften und der Unüberschaubarkeit möglicher Eigendynamiken in der Region ist dies ein äußerst gefährliches Spiel mit dem Feuer. Falls die Strategie, die Felix Seidler benennt, nicht aufgeht, hat man es mit durch deutsche Waffen extrem gut gerüsteten Bürgerkriegsparteien zu tun. Die Hoffnung, diese durch Ersatzteillieferungen oder richtige Telefonnummern kontrollieren zu können, ist fern jeglicher Realität.

Anmerkungen

- 1 Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de
- 2 Der Golfkooperationsrat, 24.09.2012, www.auswaertiges-amt.de
- 3 Es gab große Debatten über die exakte regionale Zuordnung bei den Begriffen Naher und/oder Mittlerer Osten. Die Diskussionen speisen sich aus jeweiligen politischen Sichtweisen und den theoretischen Grundlagen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen wie der Kulturgeographie, Soziologie und der Politikwissenschaft. In dieser Studie soll der Einfachheit halber die weitgehend im medialen Diskurs gebräuchlichen Begriffe verwendet werden. In diesem Sinne soll Naher Osten die Region der Levante, d.h. Israel, Libanon, Syrien und Jordanien beschreiben und Mittlerer Osten den Großraum dessen was im englischsprachigen Diskurs häufig als Greater Middle East oder MENA (Middle East North Africa) bezeichnet wird, d.h. die arabischen Mittelmeer- und Golfanrainer sowie den Iran.
- 4 Natürlich ist auch die Standortpflege für die deutsche Rüstungsindustrie ein Motiv, welches die Regierung zu einem Paradigmenwechsel in der deutschen Waffenexportpolitik veranlasste. Da die Entwicklung schwerer Waffensysteme nur ab gewissen Mengen rentabel ist, soll der Verkauf im Ausland angekurbelt werden, um Deutschland als Rüstungsstandort effizienter zu machen. Diese wirtschaftlichen Interessen gehen mit strategischen Erwägungen einher. Die nationale Rüstungsindustrie soll gestärkt werden, um Unabhängigkeit von ausländischen Waffenlieferungen zu gewährleisten und somit den militärischen Handlungsspielraum Deutschlands zu vergrößern.
- 5 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, www.auswaertiges-amt.de, 2012, S.5.
- 6 Ebd., S.6.
- 7 World Oil Transit Chokepoints, U.S. Energy Information Administration, 22.08.2012, www.eia.gov.
- 8 Ebd.
- 9 Beispiele sind der Sicherheitsgipfel in der bahrainischen Hauptstadt Manama, der sogenannte „Manama Dialogue“, zahlreiche Treffen deutscher Delegationen mit Vertretern von GCC-Staaten oder das Projekt „Scharaka“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, welches auf den Ausbau der sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem GCC abzielt.
- 10 Die Merkel-Doktrin, Frankfurter Rundschau, 01.08.2012, www.fr-online.de.
- 11 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, a.a.o., S.23.
- 12 The Military Balance, Routledge, London, 2012. S.307.

- 13 Rettman, Andrew: Top EU official defends Bahrain crackdown, euobserver, 23.03.2011.
- 14 Panzer statt Soldaten, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.
- 15 Ebd. Unzutreffend ist dabei lediglich die Einschätzung, dass Merkel „um jeden Preis“ die Entsendung deutscher Soldaten verhindern will. Zurückhaltung wäre der wohl passendere Begriff, denn deutsche Militäreinsätze sind nach wie vor eine sehr realistische Option, wie dies auch in einer Rede des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik klargestellt wird: „Niemand von uns drängt sich nach Einsätzen. Aber wenn sie politisch gewollt und entschieden sind, muss die Bundeswehr einsatzbereit und einsatzfähig sein. Als Mitglied der internationalen Gemeinschaft wird Deutschland künftig eher häufiger gefragt werden, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen – auch militärisch. Auf diese Anfragen müssen wir angemessene und glaubhafte Antworten geben können, positive und negative, bündnistreu und selbstbewusst.“ (Rede des Verteidigungsministers: Die Neuausrichtung der Bundeswehr, www.bmvg.de).
- 16 Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.
- 17 Nationale Exportkontrolle, 07.12.2011, www.auswaertiges-amt.de.
- 18 ebd.
- 19 Deutschlands gefährlichster Exportschlager, Spiegel, 30.07.2012, www.spiegel.de.
- 20 Newsletter Verteidigung, Ausgabe 31/2012.
- 21 ebd.
- 22 Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen, a.a.O., S.7.
- 23 a.a.O. S.23.
- 24 a.a.O. S.27.
- 25 Nationale Exportkontrolle, 07.12.2011, www.auswaertiges-amt.de.
- 26 Das Statement Merkels bezieht sich zwar im gegebenen Fall auf Katar, aber die von ihr erwähnten Prinzipien sind genereller Natur.
- 27 Das befreite Libyen ist mit sich und Gott allein, Die Welt, 30.10.2011, www.welt.de.
- 28 Starkes Bündnis zwischen Herrschern und Gelehrten, 19.12.2007, www.qantara.de.
- 29 Amnesty International: Jahresbericht 2010, www.amnesty.de.
- 30 Revolution auf saudische Art, www.zeit.de.
- 31 Abdullah ernennt Verteidigungsminister zum Kronprinzen, 18.06.2012, www.spiegel.de.
- 32 Colombo, Silvia: The GCC Countries and the Arab Spring, IAI Working Papers 12/09, Rom, 2012, S.10.
- 33 Der Wahabismus ist die in Saudi-Arabien herrschende Religionspraxis. Sie geht auf eine religiöse Reformbewegung von Muhammad ibn Abd al-Wahab zurück und basiert auf einer streng dogmatischen Auslegung des Koran und der hanbalitischen Rechtslehre.
- 34 Der finanzielle Spielraum der Saudis, www.dw.de.
- 35 Steinberg, Guido: Katar und der arabische Frühling, SWP-Aktuell, Februar 2012, S.4.
- 36 a.a.O., S.5.
- 37 Der Dominostein am Persischen Golf, Le Monde Diplomatique, 10.06.2011, www.monde-diplomatique.de.
- 38 Markt oder Moral im Waffengeschäft, Deutschlandfunk, 27.02.2012, www.dradio.de.
- 39 Die gesundheitliche Verfassung des Emirs von Katar, als auch die des Königs von Saudi-Arabien, legt nahe, dass es in absehbarer Zeit zu einem Thronwechsel in diesen Ländern kommen wird.
- 40 Zu Konflikten über die Thronfolge in Saudi-Arabien vgl. Steinberg, Guido: Saudi-Arabien als Partner deutscher Nahostpolitik, SWP-Berlin, Dezember 2008, S.10.
- 41 Steinberg, Guido: Katar und der arabische Frühling, SWP-Aktuell, Februar 2012, S.7f.
- 42 Endlich reinen Wein einschenken! Zu Rüstungsexporten und roten Tüchern deutscher Debatten, 10.07.2012, www.atlantische-initiative.org.